

Quelle: <http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/konjunktur/Ungleichheit-boomt/story/19512731>

06.08.2014

Ungleichheit boomt

Große Einkommensunterschiede bremsen das Wachstum – diese Erkenntnis wurde von Wirtschaftsforschern lange hartnäckig ignoriert. Jetzt bröckelt die Mauer, wie eine neue Studie von S & P zeigt.



Ein Sinneswandel in der Mainstreamökonomie – beim IWF weist man seit längerem auf das Thema hin: Chefökonom Olivier Blanchard. Bild: People-Press

Von Simon Schmid
Reporter Wirtschaft
[@schmid_simon](https://twitter.com/schmid_simon)

[Wie die zunehmende Einkommensungleichheit das Wirtschaftswachstum in den USA dämpft](#)» heisst ein neues Papier aus der Forschungsabteilung von Standard & Poor's. Der Titel ist selbsterklärend. Im Dokument schildern die Ökonomen, warum sie ihre Wachstumsprognose für die kommenden zehn Jahre von jährlich 2,8 auf 2,5 Prozent gesenkt haben (es ist wegen der «extremen» Einkommensungleichheit) und welchen Effekt ein zusätzliches Schuljahr für alle Amerikaner aufs BIP haben würde (es wäre in fünf Jahren um 2,4 Prozent höher).

Das Ergebnis an sich überrascht nicht. Dass Bildung langfristig einer der wichtigsten Treiber von Wachstum und Wohlstand ist, hat die ökonomische Forschung hinlänglich gezeigt. Auch dass arme Schichten in den USA kaum Zugang zu höherer Bildung haben, ist bekannt (die Diskrepanz hat sich in den letzten zwanzig Jahren sogar vergrößert). Und in geneigten Ökonomenkreisen werden die

negativen Wachstumseffekte der Ungleichheit nicht erst seit der Kontroverse um Thomas Pikettys kürzlich veröffentlichtes Buch «[Capital in the Twenty-First Century](#)» diskutiert.

«Lasst sie Kredit essen»

Bemerkenswert an der Studie ist vielmehr die Autorenschaft. Standard & Poor's ist ein Schwergewicht in der Finanzindustrie und richtet mit seinen Bonitätsratings über die Wirtschaftspolitik ganzer Länder. Hier klagt nicht irgendein französischer Akademiker, sondern eine einflussreiche Finanzgesellschaft über die unfaire Verteilung des Reichtums. Und wenn ein solch zentraler Player beginnt, an gedanklichen Tabus zu rütteln, dann lässt dies aufhorchen. Selbst ideologisch unvoreingenommene Wirtschaftsprognostiker hätten nun die Relevanz des Themas erkannt, bemerkt dazu die «[New York Times](#)».

Inhaltlich geht es bei der Debatte – neben der Bildung – vor allem um den Zusammenhang zwischen Ungleichheit und der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Durch die Konzentration von Einkommen und Vermögen in den Händen der Reichen nimmt die Konsumneigung ab: Wie bereits die alten keynesianische Theorie postuliert, geht dies zulasten des Einkommens- und Jobwachstums. Versuche, die Lücke über die vermehrte Kreditvergabe an die Unterschicht zu füllen, münden ihrerseits in schädlichen Boom-and-Bust-Zyklen, also in Episoden wie der jüngsten Finanzkrise. «Lasst sie Kredit essen», hat Ökonom Raghuram Rajan die zugrundeliegende Formel dieser Wirtschaftspolitik bereits vor einigen Jahren auf den Punkt gebracht.

Kreditgetriebenes Wachstum

Ungleichheit und Überschuldung erscheinen in diesem Licht nicht nur als Ursachen der letzten Krise. Sondern auch als wesentlicher Grund dafür, dass der Aufschwung danach sehr langsam vonstatten ging. In Ländern wie Grossbritannien – einem der Staaten mit der grössten Zunahme der Einkommenskonzentration – hat das BIP erst vor wenigen Wochen das Vorkrisenniveau erreicht. Spricht die Chefin der Federal Reserve, Janet Yellen, heute davon, dass Wachstum und Zinsen in Zukunft dauerhaft tiefer sein sollen als vor der Krise, dann liegt dies nicht zuletzt an der zunehmenden sozialen Dysbalance in den westlichen Ländern.

Bei S & P geht man inzwischen so weit, staatliche Mehrausgaben für Bereiche wie Bildung, Gesundheit und Infrastruktur zu fordern. Zwischen den Zeilen wird auch mit der Schliessung von Steuerschlupflöchern für Reiche und der Erhöhung der Erbschaftssteuer geliebäugelt, Wörter wie «Umverteilung» werden ohne Vorurteile diskutiert. Im Kontext der vielen Studien von Banken und Finanzdienstleistern, die letztlich auch ihrer reichen Kundschaft verpflichtet ist, markiert dies einen deutlichen Wechsel im Tonfall. Dies, auch wenn die S&P-Ökonomen vor radikaleren Ansätzen zurückschrecken – wie etwa einer globalen Vermögenssteuer im Sinne eines Piketty.

(Tagesanzeiger.ch/Newsnet)